

Anzeige

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Bericht: EU bezahlt Klima-NGOs für Aktionen und Klagen gegen Deutschland



Bericht

EU bezahlt Klima-NGOs für Aktionen und Klagen gegen Deutschland

Ausland | 07. Juni 2025 | Autor: JF-Online | 23 Kommentare

Mit Millionen aus Brüssel finanzierten Umwelt-NGOs Klagen und Kampagnen gegen deutsche Unternehmen – teils auf direkte Anweisung der EU-Kommission. Die fragwürdige Praxis wirft verfassungsrechtliche Fragen auf.

Über Jahre hinweg hat Brüssel Umweltorganisationen gezielt für politisch motivierte Kampagnen und Klagen gegen deutsche Unternehmen bezahlt. IMAGO / Müller / Stauffenberg

Anzeige

Anzeige

BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat über Jahre hinweg Umweltorganisationen gezielt für politisch motivierte Kampagnen und Klagen gegen deutsche Unternehmen bezahlt. Das geht aus bislang geheimen Verträgen hervor, die der Welt am Sonntag vorliegen. Die Zahlungen erfolgten aus dem Brüsseler LIFE-Programm – darunter auch mit Geldern deutscher Steuerzahler.

Im Zentrum steht laut Bericht die NGO ClientEarth, die 350.000 Euro erhielt, um deutsche Kohlekraftwerksbetreiber mit Klagen zu überziehen. Ziel war es laut Vertrag, deren „finanzielles und rechtliches Risiko“ zu erhöhen.

Die Organisation Friends of the Earth wurde wiederum dafür bezahlt, öffentlich gegen das geplante Freihandelsabkommen Mercosur zu agitieren – während andere Kommissionsstellen dieses gleichzeitig vorantrieben. Auch in anderen Fällen wurden Fördergelder mit der Auflage vergeben, EU-Abgeordnete vor Abstimmungen gezielt zu beeinflussen – etwa bei Themen wie Pflanzenschutz und Chemikalien.

EU wollte mit Aktivisten auf Legislative einwirken

Die Verträge stammen aus dem Jahr 2022, ausgezahlt wurden die Mittel 2023. Teilweise erhielten einzelne Gruppen Förderbeträge von bis zu 700.000 Euro. In den Vereinbarungen wurde minutiös festgelegt, welche Leistungen die NGOs im Gegenzug zu erbringen hätten – darunter etwa die Anzahl versendeter Lobby-Briefe, Social-Media-Kampagnen und persönliche Gespräche mit Parlamentariern.

Kritik kommt unter anderem von der CSU-Europaabgeordneten Monika Hohlmeier: „Es ist bedauerlich, daß pauschale Zuschüsse an Organisationen gingen, die radikale Aktionen, verdecktes Lobbying und Druckausübung auf Entscheidungsträger in ihren Arbeitsprogrammen festschrieben.“ Besonders bedenklich sei, so Hohlmeier, daß bäuerliche Betriebe und Kraftwerksbetreiber gezielt zur Aufgabe gedrängt werden sollten.

Der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper sieht in dem Vorgehen der Kommission gar einen „klaren Verstoß gegen das Prinzip der Gewaltenteilung“. Die Exekutive habe versucht, mithilfe staatlich geförderter Aktivisten auf die Legislative einzuwirken.

15 Millionen Euro für NGOs

Insgesamt verteilt die Kommission derzeit rund 15 Millionen Euro jährlich an ausgewählte NGOs. Für das Jahr 2026 könnten diese Beträge sogar noch steigen – derzeit laufen die Haushaltsverhandlungen.

Die Kritik am Brüsseler Fördergebaren wächst. „Bei den Bürgern bleibt der Eindruck, die Kommission fördere mit Steuerzahlergeld nur ihr liebsame Meinungen“, sagte die FDP-Europaabgeordnete Svenja Hahn. Das schade massiv dem Vertrauen in die Institutionen. Auch Oliver Luksic von der Initiative Transparente Demokratie forderte mehr Offenlegung: „Wenn staatlich finanzierte NGOs politische Meinung formen, braucht es volle Transparenz über deren Finanzierung.“ (rr)



Kommentare anzeigen

Jetzt die JF stärken!

Unabhängigen Journalismus unterstützen!

Spenden

Der nächste Beitrag

Deutschland soll Hunderte homo- und transsexuelle Afghanen einfliegen | Jetzt fordern auch jüdische Studenten Jette Nietzard zum Rücktritt auf

Ähnliche Themen

- KOMMENTAR**
Ein Schritt in die fiskalpolitische Beliebigkeit der EU
Benedikt Rueß | 4 Kommentare — 6. Juni 2025 13:20
- AUSLAND**
Brüssel fördert Lesben-Lobby in Zentralasien
JF-Online | 12 Kommentare — 6. Juni 2025 13:01
- WIRTSCHAFT**
So viel Steuergeld kostete Ökostrom 2024
JF-Online | 2 Kommentare — 4. Juni 2025 14:57
- AUSLAND**
Frankreich will Rauchen im Freien verbieten – auf EU-Geheiß?
JF-Online | 17 Kommentare — 30. Mai 2025 12:31
- DEUTSCHLAND**
Kubicki kritisiert Priens Forderung nach Internet-Regulierung
JF-Online | 13 Kommentare — 30. Mai 2025 11:03
- AUSLAND**
Brief von US-Abgeordneten setzt von der Leyen unter Druck
JF-Online | 9 Kommentare — 28. Mai 2025 17:12

aktuelles

- WISSEN**
Informationen von Mielkes Gnaden
Jürgen W. Schmidt | 2 Kommentare — 7. Juni 2025 13:32
- DEUTSCHLAND**
Jetzt fordern auch jüdische Studenten Jette Nietzard zum Rücktritt auf
JF-Online | 10 Kommentare — 7. Juni 2025 12:47
- DEUTSCHLAND**
Deutschland soll Hunderte homo- und transsexuelle Afghanen einfliegen
JF-Online | 35 Kommentare — 7. Juni 2025 10:29
- KOMMENTAR**
Wer soll Baerbock denn zur Rechenschaft ziehen?
Ulrich Claus | 19 Kommentare — 7. Juni 2025 10:00
- WIRTSCHAFT**
Innerhalb eines Jahres: 100.000 Jobs in Deutschlands Industrie vernichtet
JF-Online | 12 Kommentare — 7. Juni 2025 9:52
- AUSLAND**
Robert Habeck soll Dozent an US-Elite-Uni werden
JF-Online | 37 Kommentare — 7. Juni 2025 7:57

ZUM ONLINE-SHOP

Anzeige

Anzeige

SERVICE

- Aktuelle JF
- Ältere JF-Ausgaben
- Abonnement
- FAQ
- Leserdienst
- Archiv
- Rundbrief / Newsletter
- Fördern
- Werbung schalten
- Buchdienst

INFORMATION

- Über den Verlag
- Die Geschichte der JF
- Blick in die Redaktion
- Stellenangebote
- Kontakt
- Impressum
- AGB
- Datenschutz

Abonnement

Suche...

